

Leonie Wagner

Interkulturelle Kompetenz(en) für ländliche Regionen

Aufgaben für die Soziale Arbeit

Ländliche Regionen - insbesondere solche in peripheren Lagen - weisen meist geringe Infrastrukturen in verschiedenen Bereichen auf. Auch bezogen auf Migration bzw. Integrationsangebote ist dies in der Regel ein Kennzeichen peripherer ländlicher Gebiete. Zudem wurde Migration in ländliche Räume lange Zeit nicht als zu bearbeitendes Thema wahrgenommen. Das gilt für Politik, Gesellschaft und Soziale Arbeit sowie Migrationsforschung gleichermaßen. Roland Roth weist auf einen damit einhergehenden „paradoxen Effekt“ hin, „dass dort wo Zuwanderung demographisch am dringendsten nötig wäre, die geringsten institutionellen Vorkehrungen bestehen“ (Roth 2013, 25). Das hat zur Folge, dass sowohl Kenntnisse über die in den ländlichen Regionen lebenden Migrant_innen nicht oder nur wenig vorhanden sind (vgl. Süß 2011, 7) als auch dass Migration als Gestaltungsaufgabe und -notwendigkeit häufig nicht gesehen wird und entsprechend wenig strukturelle Unterstützungs- bzw. Integrationsangebote vorhanden sind. Darüber hinaus fehlen an vielen Stellen interkulturelle Sensibilität und entsprechende Kompetenzen.

Angesichts demographischer Wandlungsprozesse, von denen periphere ländliche Regionen häufig in negativer Weise betroffen sind, dem damit einhergehenden Mangel an (,qualifizierten‘) Arbeitskräften und im Zuge eines veränderten Umgangs mit Migration (,Willkommens- und Anerkennungskultur‘), sind in den vergangenen Jahren erste Veränderungen zu beobachten. Gleichwohl vollziehen sich diese Prozesse langsam und nicht in allen Kommunen/Landkreisen gleichermaßen.

Es sind jedoch nicht allein der demographische Wandel und die damit verbundenen wirtschaftlichen Erfordernisse, die einen anderen Umgang mit den - inzwischen häufig schon seit mehreren Jahrzehnten in den ländlichen Regionen lebenden - Menschen mit Migrationshintergrund notwendig machen. Eine der grundlegenden Legitimationen von Demokratien ist die Ermöglichung der Mitwirkung aller an den sie betreffenden Entscheidungen. Jenseits formaler Fragen wie der des Wahlrechts und damit der Frage von Demokratie als Staatsform, bedeutet dies, in der Lesart John Deweys, dass Demokratie als ‚Lebensform‘ be-

griffen und gestaltet - ‚gelebt‘ - werden muss. Damit geht es grundlegend um die gemeinsame Gestaltung des Zusammenlebens. Migrant_innen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund, die in der Bundesrepublik leben, sind jedoch in aller Regel nicht einmal an Diskussionen um Migration (und Integration) beteiligt, also um Themen, die sie direkt betreffen und zu denen sie kompetente Beiträge - sozusagen als ‚Expert_innen in eigener Sache‘ - leisten könnten. Dies kennzeichnet „eine Ungleichheit [...], die überdies kaum in Frage gestellt wird“ (Mecheril 2005, 314). Ähnlich gering ist der gesellschaftliche Einfluss von Migrant_innen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund in Bezug auf die Gestaltung des Zusammenlebens. Aufgabe von Politik und gleichermaßen von Sozialer Arbeit ist es, Veränderungen gerade dort herbeizuführen, wo Menschen minorisiert bzw. nicht beteiligt werden, d.h. Integration oder Inklusion kann nur gelingen, wenn die Notwendigkeit einer diversitätsbewussten Gestaltung des Zusammenlebens anerkannt und als Aufgabe betrachtet wird. Nicht nur, aber auch in ländlichen Räumen geht es deshalb um

Interkulturelle Kompetenz und Sensibilisierung, deren wichtigste Basis eine Vergrößerung des Wissens über Migration/Migrant_innen sein könnte, und gleichermaßen um Interkulturelle Öffnung, d.h. die Schaffung bzw. Verbesserung von Inklusions- und Partizipationsstrukturen.

In meinem Beitrag beziehe ich mich auf Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt zum Thema „Migration und Inklusion in Kleinstädten“¹, in dem es um die Geschichte der Migration zum einen und die Ermittlung der durchgeführten bzw. vorhandenen Integrationsangebote in ausgewählten Orten geht (Cloppenburg, Cuxhaven, Holzminden). Grundlage war eine Literaturlauswertung (v.a. Berichte, Statistiken, Chroniken) und qualitative Interviews mit Personen, die sich haupt- oder ehrenamtlich vor allem als Sozialarbeiter_innen oder als Vertreter_innen von Migrant_innenorganisationen mit ‚Integration‘ beschäftigen.

Die aktuelle Situation mit einer großen Zunahme von Flüchtlingsaufnahmen auch im ländlichen Raum stellt die Kommunen und Landkreise dabei vor neue Herausforderungen. In diesem Beitrag wird es um die Migrant_innen bzw. ihre Nachkommen gehen, die als Arbeitsmigrant_innen seit den 1960er Jahren und als (Spät-)Aussiedler_innen nach 1989 in die Bundesrepublik Deutschland eingewandert sind. Anschlüsse für die im Bereich der Aufnahme von Geflüchteten dringend notwendige Frage der Integration bzw. Inklusion sind dabei durchaus denkbar.

Ausgangslagen - Integration in den Untersuchungsregionen

Der wirtschaftlich prosperierende Landkreis **Cloppenburg** liegt im Nordwesten Niedersachsens, hat eine vergleichsweise gute Verkehrsanbindung (Autobahn) und weist eine Einwohnerzahl von ca. 160.000 Menschen (die Stadt Cloppenburg ca.

35.000) mit ansteigender Tendenz auf. Die vielen in der Region angesiedelten lebensmittel- und vor allem fleischverarbeitenden Betriebe bieten ebenso wie die anderen kleineren und mittleren Unternehmen im handwerklichen und industriellen Bereich eher Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen. Cloppenburg hatte nach dem Zweiten Weltkrieg eine hohe Zuwanderung von Geflüchteten und Vertriebenen. Weitere Migration fand im Zuge der Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland ab den 1960er Jahren statt. Zu Beginn der 1990er Jahre hat Cloppenburg im Vergleich zum Bundesdurchschnitt dann eine große Anzahl Spätaussiedler_innen aufgenommen (vgl. Interview Dierks)². Für diese wurden in den 1990er Jahren vor allem von sozialen Einrichtungen eine Reihe von Integrationsangeboten eingerichtet, zum Teil haben aber auch die in vor allem in zwei Gemeinden sehr aktiven Migrant_innenorganisationen hier eine wichtige Funktion übernommen. Nach Aussagen der Expert_innen hat Cloppenburg vom Zuzug der Aussiedler_innen und weiterer Zuwanderung erheblich profitiert, dies wird auch in den Leitlinien für Integration des Landkreises (2008) anerkannt: „Zuwanderung hat für den Landkreis Cloppenburg bewirkt, dass - entgegen dem Bundestrend der demografischen Alterung - der Landkreis Cloppenburg die jüngste Bevölkerung in Deutschland hat und sich auch damit als attraktiver zukunftsorientierter wirtschaftlicher Raum darstellt.“

Stadt und Landkreis **Cuxhaven** liegen an der Wesermündung und weisen damit eine periphere Randlage auf. Durch den Rückgang der Bedeutung der Fischerei hat Cuxhaven einen wirtschaftlichen Umbau zu bewältigen und seit 2003 rückläufige Bevölkerungszahlen (2011: Landkreis Cuxhaven 198.115, Stadt 48.829 Einwohner_innen). Landkreis und vor

allem Stadt sind in verschiedenen historischen Perioden - vor allem den Prosperitätsphasen der Fischindustrie - von Zuwanderung geprägt worden. Cuxhaven hat insofern eine lange Zuwanderungstradition und erscheint auch durch die Lage am Meer als ‚weltoffen‘:

„Ich würde die Cuxhavener nicht als zugeschottet empfinden, überhaupt nicht, und sie sind ja auch über Jahrzehnte daran gewöhnt, dass ihre Gesellschaft eben auch Zuwachs erhält, und das wird als durchaus positiv empfunden“

(Interview Matthies, Z.1115-1119).

Das Ausländerzentralregister weist für den Landkreis am 31.12.2010 einen Bevölkerungsanteil von 4,06 % aus (vgl. Landesamt für Statistik Niedersachsen 2013: 5). Personen aus Portugal stellen mit 1.422 die größte Gruppe dar, gefolgt von 1.006 Personen aus der Türkei, 570 Personen aus Polen und 521 Personen aus Spanien. Während in den ersten Jahren der Arbeitsmigration wenig bis keine Integrationsangebote in Cuxhaven vorhanden waren, weisen Stadt und Landkreis diesbezüglich inzwischen insgesamt eine breite Palette und vor allem auch eine gute Vernetzung zwischen den Einrichtungen auf. In der Stadt sind zudem verschiedene Migrant_innenorganisationen tätig, von denen der ‚Spanische Elternverein‘ als ausgesprochen aktiv auch nach außen dargestellt wird. Die portugiesischen Vereine, „*wuseln*“ (Interview Recker) hingegen eher für sich.

Stadt und Landkreis **Holzminden** liegen sehr peripher im Weserbergland, einer Region, die in erheblichen Maß von den negativen Folgen demographischer Veränderungsprozesse betroffen ist (vgl. Engel u.a. 2011). In der Stadt Holzminden sind zwei Großunternehmen angesiedelt, ansonsten ist die Wirtschaftsstruktur durch wenige mittlere Unternehmen geprägt. Die wirtschaftliche Entwicklung ist rückläufig, gleiches

gilt für die Bevölkerungszahlen. Holzminden verfügt historisch über eine kurze Zuwanderungstradition: „Man lebte [...] jahrhundertlang weitgehend unter sich im Kreise der Bürger, die hier geboren waren“ (Kretschmer 1981, 7). 2010 zählte der Landkreis Holzminden 73.240 Einwohner_innen (die Stadt am 31.12.2011 19.939). Die Bevölkerungsfortschreibung gibt für den Landkreis Holzminden am Stichtag 31.12.2011 4.893 Ausländer_innen an, davon 2.405 männlich und 2.488 weiblich. Danach stellen 1.181 Personen aus der Türkei im Landkreis die größte Gruppe von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit dar. Insgesamt gibt es hier nur wenig Wissen um Migration bzw. die Migrant_innen, die in der Region leben. Daneben sind kaum bzw. immer wieder unterbrochene Bemühungen zu beobachten, Strukturen der Integrationsarbeit aufzubauen. Die Versuche, Strukturen zu schaffen, gehen auf Initiativen Einzelner zurück. Im Juli 2015 wurde beim Landkreis Holzminden (wie auch in den anderen niedersächsischen Landkreisen) eine 50%-Stelle (aus Landesmitteln) für eine Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe eingerichtet, der nominell eine Vielzahl von Aufgaben (u.a. Konzepterstellung für Migration und Teilhabe, Standortanalyse, Begleitung und Bündelung ehrenamtlicher Aktivitäten) zugewiesen sind. Die Stelleninhaberin hat 2015 jedoch - zumindest zeitweise - Aufgaben in der Betreuung und Unterbringung von Geflüchteten übernommen.

Bereits dieser kurze Überblick macht deutlich, dass die untersuchten Landkreise/Kommunen sich in Bezug auf die Gestaltung von Integration und das Zusammenleben von Migrant_innen und ‚Einheimischen‘ stark voneinander unterscheiden. Während in Cloppenburg die Migrationstatsache weitgehend und in ihrer Bedeutung für die demographi-

sche Entwicklung auch von Seiten politisch Verantwortlicher anerkannt wird, sind es in Cuxhaven vor allem die sozialen Einrichtungen, die sich des Themas annehmen und es gestalten. In Holzminden hingegen sind von Seiten der Politik im Wesentlichen Reaktionen auf sich zuspitzende Situationen festzustellen und auch die Träger der sozialen Dienste zeigen in der Regel wenig Ambitionen hier Abhilfe zu schaffen. Das hat jeweils Folgen für die Gestaltung und Etablierung einer Willkommens- oder gar Anerkennungskultur.

Bezogen auf eine inklusive Gestaltung des Zusammenlebens gibt es in allen drei Kommunen und auch den Landkreisen insofern noch erhebliche Spielräume. (Politische) Partizipation, Interkulturelle Öffnung von Verwaltung und Gesellschaft und Interkulturelle Kompetenz von Mehrheits- und Migrationsbevölkerung könnten insofern sowohl bezogen auf das aktuelle Zusammenleben als auch hinsichtlich der notwendigen Inklusion weiterer Migrant_innen noch stark ausgebaut werden. Dies ist, wie andere Beispiele zeigen, in ländlichen Regionen durchaus typisch. Das bedeutet auch, dass „Integrationsleistungen bislang überwiegend von den Zuwanderern selbst erbracht wurden“ (Happel 2011, 87). Hierbei spielen häufig die Migrant_innenorganisationen eine zentrale Rolle: „Selbsthilfe entsteht dort, wo die Hilfe von außen unzureichend ist.“ (Geiling et al. 2011, 240). Gleichzeitig entstehen damit Strukturen neben den Regelangeboten bzw. den Gestaltungsformen der Mehrheitsgesellschaft und die Beteiligungsinteressen von Migrant_innen werden in „einflussarme Parallelstrukturen (Integrationsbeiräte etc.) abgedrängt“ (Roth 2013, 25). Insofern geht es zum einen um die Anerkennung der Leistungen der Migrant_innenorganisationen (vgl. Geiling et al. 2011, 22) und zum anderen darum, die gesellschaftli-

chen und staatlichen Organisationen für Menschen mit Migrationshintergrund zu öffnen.

Dies bezieht sich nicht zuletzt auf die (politische) Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund, die in den Landkreisen/Kommunen ebenso unterschiedlich gestaltet ist. In Cuxhaven gibt es seit 2005 einen ‚Runden Tisch Migration‘, im Landkreis Cloppenburg seit 2000 ein ‚Netzwerk Integration‘, beide unter Beteiligung kommunaler Stellen. In Holzminden gibt es ein von der Hochschule begleitetes Sozialraumprojekt, in dem ein ‚Koordinationskreis Migration‘ gegründet wurde, der unter Mitwirkung von Personen vor allem mit türkischem Migrationshintergrund versucht, beim Landkreis einen Migrationsrat zu installieren.

Interkulturelle Kompetenz und Interkulturelle Öffnung

Unter Interkultureller Kompetenz wird die Fähigkeit verstanden, „mit nation-ethno-kultureller Pluralität angemessen und konstruktiv umgehen zu können“ (Mecheril 2005, 323). Dabei geht es nicht um ein „technokratisches Vermögen“ (Mecheril 2005, 325), sondern darum, Ein- und Ausschließungen konsequent und stetig einer Reflexion zu unterziehen sowie das Handeln bzw. die Strukturen entsprechend anzupassen. Dies bezieht sich zum einen auf die Mehrheitsgesellschaft, sie bezieht aber ebenso die migrantische Bevölkerung ein, da auch von ihnen Fähigkeiten zum angemessenen Umgang mit nation-ethno-kultureller Pluralität verlangt werden, die nicht in jedem Fall bereits vorhanden sind. Hier jedoch geht es darum, nicht wiederum zwei unterschiedliche Gruppen zu bilden, sondern Strukturen und damit Angebote so zu gestalten, dass sie für alle (die daran teilnehmen wollen) offen sind. Während dies in Bezug auf die Gesellschaft wesentlich durch Bildungs- und Begeg-

nungsangebote angeregt werden kann, haben die politisch Verantwortlichen hier eine andere Gestaltungs- und damit auch Vorbildaufgabe (vgl. Schader-Stiftung 2011, 21). Die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zeigen an, dass dort, wo sich Bürgermeister_innen, Landrät_innen oder auch Dezernent_innen der Aufgabe der Gestaltung von Diversität widmen, dies eher in strukturelle Verankerungen mündet als in Kommunen/Landkreisen, in denen die Entscheidungsträger_innen dies nicht tun. Damit ist eine zentrale Aufgabe - die auch im Kontext von Willkommens- und Anerkennungskultur genannt wird - die interkulturelle Öffnung von politischen Strukturen und Verwaltungen sowie eine ständige Einbeziehung der Bevölkerung, da „Integrationspolitik nicht ohne gesellschaftliche Beteiligung“ (Schröder 2011, 7) funktioniert. In kommunalen Integrationskonzepten sollen daher zwei unterschiedliche Perspektiven Berücksichtigung finden: 1. die Perspektive von Kommune/Landkreis (Integrationskonzept als strategisches Instrument für die Kommunalverwaltung) und 2. die Perspektive von Gesellschaft (Integrationskonzept als Basis für Dialog und Beteiligung) (vgl. Schröder 2011, 6).

Interkulturelle Öffnung meint in Bezug auf Institutionen einen bewusst gestalteten Prozess der Organisations-, Personal- und Qualitätsentwicklung; dazu gehören: Informations- und Sensibilisierungsangebote für Mitarbeiter_innen, die Überprüfung und Veränderung von Zugängen und Zugänglichkeit sowie die Einstellung von Mitarbeiter_innen mit Migrationshintergrund - und dies in allen Bereichen und auf allen Hierarchieebenen (vgl. Aumüller/Gesemann 2014, 12ff.).

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat bereits im Jahr 2011 „Zehn Empfehlungen für die Integration“ (DStGB 2011) als Beitrag zum Nationalen Integrations-

plan verabschiedet. Integration wird darin eingangs als „kommunale Querschnittsaufgabe“ definiert, die ressortübergreifend stattfinden soll. Damit wird dem Thema einerseits eine hohe Bedeutung zugeschrieben, andererseits aber auch riskiert, dass Integration das Schicksal der anderen Querschnittsthemen teilt - nämlich untergeht. Mit der Unterstützung lokaler Netzwerke sollen die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteure bzw. deren Aktivitäten besser vernetzt werden. Als dritter Punkt wird die auch im Nationalen Integrationsplan geforderte Interkulturelle Öffnung der Verwaltung angesprochen, mit der eine Steigerung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung sowie Fortbildungen der Mitarbeiter_innen in Interkultureller Kompetenz intendiert sind. Des Weiteren geht es um die Förderung des Engagements von Migrant_innen und die stärkere Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in politische Entscheidungen, darum, die Wahrnehmung von Bildungsangeboten zu verbessern und flankierende Maßnahmen zur beruflichen Integration zu ergreifen. Mittels Quartiersmanagement und Netzwerkbildung sollen Stadtteile mit Integrationsdefiziten unterstützt werden. Der Bedeutung von migrantischen Ökonomien soll Rechnung getragen werden, wobei die Vorschläge hier eher vage bleiben. Wichtig ist zudem die Stärkung des Engagements gegen Fremdenfeindlichkeit und die Verbesserung der Information über sowie die Dokumentation und Evaluation der bestehenden Angebote.

Weitere (Handlungs-)Empfehlungen liegen inzwischen in verschiedenen Variationen vor, wobei sich die Kernpunkte ähneln: Es geht vor allem um bewusste Planung, Übernahme von Gestaltungsverantwortung, Interkulturelle Öffnung, Vernetzung von Akteur_innen unter Einbeziehung von Migrant_innen

sowie die deutliche Zurückweisung und ggf. Verfolgung rechtsorientierter und fremdenfeindlicher Übergriffe (vgl. u.a. Aumüller/Gesemann 2014, 178f.).

Soziale (Integrations-)Arbeit auf dem Land

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung aus dem Jahr 2009 wird festgehalten: „Integration vollzieht sich in erster Linie in den Kommunen.“ „Hier finden die konkreten Begegnungen von Menschen statt, die sich in Bezug auf ihre Migrationsgeschichten, ethnischen Herkunft, sozialen Milieuzugehörigkeiten, politischen Weltanschauungen und religiösen Orientierungen unterscheiden: Hier zeigen sich die Erfolge, aber auch die Defizite einer Integration von Zugewanderten.“ (Gesemann 2011, 27)

Auch wenn grundsätzlich Politik gefördert ist, können, wie das Beispiel aus Cuxhaven zeigt, Einrichtungen und Träger der Sozialen Arbeit durchaus Maßnahmen und Angebote anstoßen und Strukturen aufbauen. Prinzipiell ist Soziale Arbeit ohnehin mit einer Reihe von Fragen und Herausforderungen konfrontiert, die sich in diesem Zusammenhang stellen: Beratung, Unterstützung, Bildung und Begleitung, Förderung von Selbsthilfe und Partizipation für Individuen, Gruppen und Gemeinwesen - und nicht zuletzt Interkulturelle Öffnung der Regeldienste. Soziale Arbeit hat gute Voraussetzungen für die Schaffung von Strukturen und Gelegenheiten, in denen Integration - als gemeinsamer Prozess von Aufnahmegesellschaft und Migrant_innen - initiiert und gestaltet werden kann. Dabei kann sie auf langjährige Erfahrungen beispielsweise aus der Jugendarbeit in ländlichen Räumen zurückgreifen, in denen u.a. festgestellt wurde, dass Beteiligung am ehesten geschieht, „indem Beteiligte miteinander aushandeln, was zu tun ist, weil nur so wirkliche

unterschiedliche Integrationsverständnisse im Gespräch miteinander abgeklärt und überprüft werden können. Fachliche Arbeit kann diesen Prozess durch Unterstützung und Gegenwirkung begleiten: Unterstützung zum Beispiel durch Angebote von Vorhaben, die Teilhabe am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben ermöglichen; Gegenwirkung zum Beispiel durch Aufklärungsarbeit gegenüber Vorurteilsstrukturen.“ (Hopmann/Rabe 2000, 104)

Dabei ist es wichtig, dass Soziale Arbeit die jeweiligen Spezifika des ländlichen Gemeinwesens beachtet, d.h. u.a. sozialhistorische Prägungen oder auch die Migrationsgeschichte einer Region und daraus gewachsene Einstellungen (vgl. Schader-Stiftung 2011, 54f.). Leon Ginsberg stellt in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Band „Social Work in Rural Communities“ zunächst fest, dass als erstes Prinzip Sozialer Arbeit mit ländlicher Bevölkerung und in ländlichen Gebieten gilt, dass sie einfach gute Soziale Arbeit ist, die die Umgebung beachtet und reflektiert, in der sie ausgeübt wird (vgl. Ginsberg 2004, 4f.).

Dabei bieten ländliche Regionen durchaus Vorteile und Chancen, aber auch Risiken bzw. Herausforderungen (vgl. Wagner 2011):

- Integrationspolitik und entsprechende Angebote und Maßnahmen sowie ein Bewusstsein für deren Notwendigkeit ist nicht immer vorhanden;
- Informiertheit, politische Entscheidungen und Einstellungen von Ortsautoritäten haben Einfluss auf die Gestaltung von Integrationspolitik und Maßnahmen - und damit auf die Chancen zur Integration für die Zugewanderten;
- Überschaubarkeit, die mit sozialer Öffentlichkeit/Kontrolle einhergeht;
- Aufgrund der auf dem Land existierenden Tradition von (selbstverständlicher)

Nachbarschaftshilfe kann sich auch eine günstige Konstellation ergeben;

- Aufgrund der im Vergleich zu größeren Städten schlechteren sozialen Infrastruktur fehlen häufig Fachdienste und Personen, die Integration (im Sinne von Gegenseitigkeit) fördern können.

Notwendig ist aber auch, dass Migrant_innen insgesamt stärker gehört und beteiligt werden. Auch in meinem Projekt war es aus zeitlichen Gründen nicht möglich, Migrant_innen selbst zu ihren Vorstellungen von Migrationserfahrungen bzw. Erfahrungen als Angehörige der 2. oder 3. Generation in einem angemessenen Umfang zu befragen. Erst die Erweiterung der Sichtweise um diese Perspektiven würde eine Inklusionsarbeit, die diesen Namen verdient, ermöglichen.

Anmerkungen

¹ Dabei handelt es sich um ein Teilprojekt im Rahmen des Forschungsschwerpunktes ‚Dialog‘ (Kurztitel), der von 2012 bis 2016 aus niedersächsischen Landesmitteln vorab gefördert wird (<http://elearn.hawk-hhg.de/projekte/156/>).

² Genaue Zahlen lassen sich hier nicht ermitteln, da Spätaussiedler_innen aufgrund ihres Status nicht erfasst werden. Herr Diercks schätzt, dass ca. 30.000 Aussiedler_innen v.a. aus Sibirien, Russland und Kasachstan sowie einige aus Polen und Rumänien kamen.

Literatur

Aumüller, Jutta / Gesemann, Frank (2014): Abschlussbericht Forschungs-Praxis-Projekt Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel (mit einem Beitrag von Bülent Arslan und Derya Can). Darmstadt: Schader-Stiftung.

DStGB - Deutscher Städte- und Gemeindebund (2011): Zehn Empfehlungen für die Integration. Beitrag der kommunalen Spitzenverbände zum Nationalen Integrationsplan. <http://www.dstgb.de/dstgb/Schwerpunkte/Integration%20und%20Zuwanderung/Integrationspolitik,%20Einb%C3%BCrgerungsfragen/Zehn%20Empfehlungen%20f%C3%BCr%20die%20Integration%20-%20Beitrag%20der%20kommunalen%20Spitzenverb%C3%A4nde%20zum%20Nationalen%20Integrationsplan> (Abruf: 5.9.2016).

Engel, Alexandra / Kaschlik, Anke / Penke, Swantje / Stratmann-Berthold, Heike unter Mitarbeit von Antje Geißler (2011): Geschlechtergerechtigkeit, lokale Identität, Kooperation und Bildung als Schlüssel zur Fachkräfteentwicklung in ländlichen Räumen. Eine empirische Studie aus Bevölkerungs- und Unternehmenssicht in der Region Holzminden. Berlin: mbv (Schriftenreihe der HAWK „Sozial denken und handeln, Band 11).

Geiling, Heiko / Gardemin, Daniel / Meise, Stephan / König, Andrea (Hrsg.) (2011): Migration - Teilhabe - Milieus. Spätaussiedler und türkeistämmige Deutsche im sozialen Raum. Wiesbaden: VS-Verlag.

Gesemann, Frank (2010): Zur Integrationsforschung in Deutschland. Komparative Darstellung ausgewählter Ansätze und Methoden. Hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung: Islam und Gesellschaft. Vol. 9. Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Ginsberg, Leon H. (Hrsg.) (2004): Social Work in Rural Communities. 4. Aufl. Alexandria: CSWE.

Happel, Agnes (2011): „Die fremden Deutschen in Frankenberg“ - Zur Integration von Spätaussiedlerinnen im ländlichen Raum. In: Alish, Monika / May, Michael (Hrsg.): Integrationspotenziale in kleinen Städten. Rekonstruktion der Interessenorientierungen von Zuwanderern. Opladen: Barbara Budrich, S. 73-90.

Hopmann, Andreas / Rabe, Uwe (2000): Gutes Wetter statt dicker Luft. Klimatische Bestimmungen zur Arbeit mit russlanddeutschen Jugendlichen. In: Ulrich Deinet und Benedikt Sturzenhecker (Hrsg.): Jugendarbeit auf dem Land. Ideen, Bausteine und Reflexionen für eine Konzeptentwicklung. Opladen: Leske + Budrich, S. 97-110.

Landesamt für Statistik Niedersachsen (2013: 5): LSN-Online - Regionaldatenbank, Tabelle: A1050002 (<http://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/>) (Abruf: 02.08.2013).

Landkreis Cloppenburg (2008): Leitlinien, Leitbild & Präambel Integration. <http://www.lkclp.de/kreis-politik/integration-migration/leitlinien-leitbild-praeambel-integration.php> (Abruf: 20.07.2015).

Kretschmer, Paul (1981): Die Weser- und Solling-Stadt Holzminden - wie sie wurde, was sie ist. Holzminden: Hüpke u.a.

Mecheril, Paul (2005): Pädagogik der Anerkennung. Eine programmatische Kritik. In: Franz Hamburger / Tarek Badawia / Merle Hummrich (Hrsg.): Migration und Bildung. Über das Verhältnis von Anerkennung und Zumutung in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: Springer, S. 311-328.

Roth, Roland (2013): Willkommens- und Anerkennungskultur in Deutschland - Herausforderungen und Lösungsansätze. Expertise im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.

Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Darmstadt: Schader-Stiftung.

Schröer, Hubertus (2011): Kommunale Integrationskonzepte. Hrsg. von VIA Bayern e.V. - Verband für interkulturelle Arbeit / Netzwerk Integration. München: VIA Bayern.

Süß, Sabine (2011): Vorwort. In: Schader-Stiftung (Hrsg.): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Darmstadt: Schader-Stiftung, S. 6-9.

Wagner, Leonie (2011): Soziale Arbeit in ländlichen Räumen. In: SozialExtra 3-4, S. 21-24.

Autorin



Leonie Wagner, Professorin für Pädagogik und Soziale Arbeit an der HAWK Holzminden. Themenschwerpunkt: Migration, Frauen- und Geschlechterforschung, Partizipation; Forschungsprojekte: Migration und Inklusion in Kleinstädten, Migrantische Ökonomie.

Postadresse:

Prof. Dr. Leonie Wagner
HAWK - HS Holzminden
Fakultät [m]
Hafendamm 4
37603 Holzminden